



öffentlich

Betreff:

Investitionsvorhaben in den neuen Ortsteilen

Erstellungsdatum 29.03.2004

Eingang 902:

Einreicher: Peter Kaminski, PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
19.05.2004	Ausschuss für Finanzen		
26.05.2004	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Investitionsvorhaben in den neuen Ortsteilen sind in den virtuellen Haushalten als Gesamtmaßnahme (Einnahmen und Ausgaben) einzustellen.
2. Ausgaben für Maßnahmen, die bisher in der Trägerschaft der Kreise oder der Ämter lagen, sind in den virtuellen Haushalten nicht einzustellen. Waren durch die neuen Ortsteile Eigenanteile (z.B. 610 – Stellenprogramm) zu erbringen, sind nur diese Anteile als Ausgaben einzustellen.

gez. Peter Kaminski

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Einnahmen, z.B. aus Anschlussbeiträgen der BürgerInnen werden im Haushaltsentwurf an zentraler Stelle ausgewiesen. In den virtuellen Haushalten sind sie jedoch nicht erfasst. Für die Gewährung von vertraglich vereinbarten Investitionsmitteln, z.B. im Ortsteil Groß Glienicke, ist auch entscheidend, ob diese virtuellen Haushalte ausgeglichen sind.

Bisher bestand für die Verwaltung keine Notwendigkeit einer separaten Ausweisung, mit der Eingemeindung neuer Ortsteile sollte die Politik auf die geänderten Bedingungen reagieren.